

RENETIL-Führer verurteilt

Vier Jahre Haft lautet das Urteil des indonesischen Gerichtshofs für Jose Antonio Neves, Theologiestudent aus Osttimor und führendes Mitglied des nationalen osttimoresischen studentischen Widerstandes (RENETIL). Die RENETIL ist die größte und bekannteste Studentenorganisation in Osttimor. Öffentlichkeit erregte die Organisation erstmals 1988, mit einer Demonstration anlässlich des Papstbesuchs in Osttimor. Zuletzt machte sie weltweit auf die Lage in Osttimor aufmerksam, als es 29 Studenten gelang, während des APEC-Gipfels letzten November die US-Botschaft in Jakarta zu besetzen. Im Januar organisierte die Gruppe eine Demonstration vor der Universität in Dili/Osttimor. 16 Jugendliche und Studenten wurden dabei verhaftet, 5 von ihnen inzwischen zu Gefängnisstrafen von 26 und 30 Monaten verurteilt. 5-9 Demonstranten sind seither verschwunden.

Neben friedlichen Protestaktionen und der Arbeit in Indonesien und Osttimor selbst, gibt die RENETIL Informationen über Menschenrechtsverletzungen an relevante Stellen außerhalb Indonesiens. Jose Antonio Neves wurde im Mai letzten Jahres in Malang ver-

haftet, als er gerade dabei war, an Menschenrechtsorganisationen im Ausland Informationen zu faxen. Damit, so die Urteilsbegründung, hat er sich des Separatismus für schuldig gemacht.

Neves hat das Urteil zurückgewiesen. Seine Nationalität sei osttimoresisch, nach internationalem Recht sei er portugiesischer Staatsbürger. Verteidigt wurde er von Anwälten des Rechtshilfeinstituts LBH, die den Prozeß nutzten, um offen die Rechtmäßigkeit der indonesischen Annexion Osttimors in Frage zu stellen. Internationales Recht, wie das Recht auf Selbstbestimmung und die Unrechtmäßigkeit von Gebietsbesetzungen durch militärische Intervention, könne nicht einfach ignoriert werden, wann immer es um Osttimor gehe.

Auch der indonesische Sozialwissenschaftler, Dr. George Aditjondro, wurde zu diesem Fall als Experte gehört. Er zog Parallelen zwischen den Aktivitäten der osttimoresischen Studenten in Indonesien mit denen der Indonesier, die in Holland gegen Ende der Kolonialzeit studierten.

vgl. CNRM-National Council of Mau-bere Resistance, Media Release 27 February 1995; CNRM/RENETIL: Statement by Jose Antonio Neves, Malang, 26 February 1995

Widerstand in Osttimor ungebrochen

Die beiden Bundestagsabgeordneten Rainer Eppelmann (CDU) und Volker Neumann (SPD) besuchten vom 21. bis 29. Mai Indonesien und Osttimor. Anlaß der Reise war eine schon vor zwei Jahren ausgesprochene Einladung des indonesischen Außenministers Ali Alatas, nach Indonesien zu kommen und sich selbst ein Bild von der Situation in Osttimor zu machen. Inhalt ihrer Reise war zudem der Dialog über Menschenrechte. Auf ihrem Programm standen Gespräche mit dem indonesischen Außenminister Ali Alatas, mit Mitgliedern der Nationalen Menschenrechtskommission, mit verschiedenen Nichtregierungsorganisationen, wie dem Rechtshilfe-Institut LBH und ein Treffen mit dem indonesischen Oppositionspolitiker und ehemaligen Abgeordneten des Parlaments Sri Bintang Pamungkas, der kürzlich die Bundesrepublik

besuchte. (vgl. Indonesien-Nachrichten und der Artikel "Bitterer Nachgeschmack der Hannovermesse", S. 63)

Zur Situation in Osttimor erklärten die beiden Abgeordneten in einer ersten Pressemitteilung, daß die Republik Indonesien mit dem selbstverursachten Problem der Annexion Osttimors nach 1975 nicht fertig wird. Die verschiedenen Versuche der Integration der Osttimoresen in den Vielvölkerstaat scheitern am ungebrochenen Widerstand der Bevölkerung und die Forderung nach Selbstbestimmung wird aufrechterhalten. Positiv hoben sie hervor, daß offizielle Stellen, wie der Außenminister und Vertreter des Militärs, Menschenrechtsverletzungen zugegeben haben, und daß die Verantwortlichen zum Teil bereits zur Verantwortung gezogen worden sind.

vgl. Volker Neumann, MdB, Pressemitteilung: Widerstand in Osttimor ungebrochen, 29. Mai 1995

Verhaftungen in Dili und Liquiza

Mehr als 30 Osttimoresen sind am 4. März in Dili und Liquiza verhaftet worden. Unter ihnen sind auch Angestellte des Öffentlichen Dienstes. Der - inzwischen abberufene - Militärführer von Osttimor, Kiki Syahnakri bestätigte am 6. März, daß die Osttimoresen vom Militär inhaftiert wurden, weil sie "Anhänger der FRE-TILIN" seien. Von weiteren Überprüfungen von Osttimoresen im Staatsdienst berichtet der Widerstand in Osttimor. Auch soll sich der Gouverneur von Osttimor, Abilio Osorio, geweigert haben, die Haftbefehle zu unterschreiben. Dies soll einer der Gründe dafür sein, weshalb Abilio Osorio auf einen vier-monatigen Erziehungslehrgang nach Jakarta geschickt wurde.

Gleichzeitig wurden zwei neue Bataillone nach Osttimor verlegt, denen die Aufgabe zukommt, mögliche Demonstrationen anlässlich der unter UN-Schirmherrschaft stattfindenden ersten Intra-Timoresischen Gespräche und anlässlich des nächsten Treffens der Außenminister Portugals und Indonesiens, zu unterbinden. Besondere Vorkehrungen trafen die lokalen Militärbehörden auch für den Besuch des UN-Generalsekretärs Boutros Boutros-Ghali in Indonesien Ende April.

vgl. ai, Urgent Action 58/95, ASA 21/17/95, 7.3.1995; LUSA, Lissabon 7.3.1995; LUSA, Dili, 24.4.95

Osttimor-Erklärung der UN-Menschenrechtskommission

Die Situation der Menschenrechte in Osttimor war Gegenstand der 51. Sitzung der UN-Menschenrechtskommission in Genf/Frühjahr 1995. Die Kommission verabschiedete eine Erklärung, an deren Anfang die tiefe Besorgnis darüber steht, daß die Berichte über Menschenrechtsverletzungen in Osttimor nicht abreißen. Ausdrücklich begrüßt wird die Bereitschaft der indonesischen Regierung, die Vorfälle, wie jüngst die sechs Erschießungen in Liquiza, aufzuklären und die Untersuchungsergebnisse zu veröffentlichen. Desweiteren wird die Kooperation beim Besuch des Sonderberichterstatters über extralegale, summarische und willkürliche Tötungen, Bacre Waly Ndiaye, im Juli 1994 lobend hervorgehoben. Seinen Bericht nimmt die Kommission mit Besorgnis zur Kenntnis, und sie fordert die indonesische Regierung erneut dazu auf, die übernommene Verpflichtung, die Einhaltung der Menschenrechte in Osttimor zu fördern, zu erfüllen, sowie das Santa-Cruz-Massaker vom 12. November 1991 allumfassend aufzuklären und den Verbleib der Verschwundenen zu untersuchen, wie es schon 1992 und 1994 gefordert wurde.

vgl. UNHRC: Statement by the Chairman, Situation on Human Rights in East Timor, Geneva, 1 March 1995;



Demonstration für Menschenrechte

aus: FEER v. 16.3.95, S. 16